

Neues Versammlungsgesetz NRW:

GENERALANGRIFF AUF DAS VERSAMMLUNGS- RECHT DURCH DIE CDU/FDP-KRISENREGIERUNG!

FLUGBLATT DER LANDESLEITUNG DER MLPD,
NORDRHEIN-WESTFALEN, 19. AUGUST 2021

DIE NRW-LANDESREGIERUNG PLANTE, IHR NEUES VERSAMMLUNGSGESETZ STILL UND HEIMLICH UNTER DEN BEDINGUNGEN DER CORONA-PANDEMIE IM LANDTAG BESCHLIESSEN ZU LASSEN. KRITIK UND PROTESTE GEGEN DIESES GESETZ UND DIE DEMONSTRATION AM 26.6. HABEN DIESES VORHABEN DURCHKREUZT.

Die Landesregierung und ihre Behörden antworten darauf mit brutaler antikommunistischer Unterdrückung, Polizeigewalt und Lügen! Armin Laschet, CDU-Vorsitzender und Kanzlerkandidat droht: „Wir regieren NRW so, wie ich es mir auch für den Bund vorstellen würde.“¹ Damit werden sie nicht durchkommen.

Die Landesregierung ist zu Recht in der Krise: Desaster des Corona-Krisenmanagements, Verweigerung von sinnvollen Gesundheitsschutzmaßnahmen, bis heute keine oder nicht ausreichende Luftreiniger in den Schulen, Versagen bei der Warnung der Bevölkerung vor den Unwettern im Juli mit allein 80 Toten in NRW, reaktionäre Abschiebepolitik, umweltpolitisches Totalversagen wie mit der Inbetriebnahme des Kohlekraftwerks Datteln IV oder der Vertuschung der Folgen der Explosion bei Bayer in Leverkusen, brutale Polizeieinsätze wie zuletzt gegen die Demonstration zum Gedenken an Friedrich-Engels in Wuppertal, tolerieren von Querdenkerpropaganda.

Armin Laschet plagt angesichts des von den Imperialisten angerichteten Desasters in Afghanistan am meisten die Sorge, dass viele Flüchtlinge nach Deutschland kommen. Er lässt lieber abschieben! Wie beschämend. Dieser Mann darf niemals Kanzler werden!

Diese Landesregierung ist Dienstleister der Banken und Konzerne, die nach ihren Wünschen auf Kosten der breiten Massen schalten und walten können. Gegen die MLPD wurde ausgehend von Bundesinnenminister Horst Seehofer mit der Gefährdereinstufung gegen Stefan Engel, langjähriger Vorsitzender der MLPD, eine Kriminalisierung betrieben. Dagegen ist die MLPD mit vielen Bündnispartnern in die Offensive gegangen. Nach drei Jahren Kampf gegen die Verweigerung, die Klage überhaupt zuzulassen, hat Stefan Engel juristisch die Rechtswidrigkeit dieser Einstufung feststellen lassen. Die Gefährdereinstufung ist damit vom Tisch!

Alassa Mfouapon, ein bekannter Geflüchtetenaktivist, der das Land Baden-Württemberg wegen des rechtswidrigen Poli-

¹ Wirtschaftswoche, 16.1.21



Aggressiver Polizeieinsatz auf der Demo gegen das Versammlungsgesetz im Juni 2021

zeieinsatzes in der Landeserstaufnahmestelle in Ellwangen erfolgreich verklagte, wurde vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge jetzt sein Asylantrag abgelehnt und seine unmittelbare Abschiebung angedroht.

Gabi Fechtner, Spitzenkandidatin der Internationalistischen Liste/MLPD, Platz 1 der Landesliste NRW dazu: „Das alles kommt bei immer mehr Menschen nicht gut an, Widerspruch, Kritik und Widerstand wachsen. Im fortschrittlicher Stimmungsumschwung verbreitet sich die Forderung nach dem Rücktritt von Ministerpräsident Laschet und NRW-Innenminister Reul. Die ganze Regierung, ihre Parteien und ihre bürgerliche Weltanschauung sind tief in der Krise. Kein Wunder, bringt doch der Kapitalismus nur noch Krisen hervor. Zur Rechtfertigung wird wüster Antikommunismus eingesetzt, mit dem die notwendige Debatte für gesellschaftliche Alternativen unterdrückt werden soll.“



Gesehen auf der Demonstration in Düsseldorf gegen das neue Polizeigesetz, Juli 2018

Und genau das ist der Grund für das geplante neue Versammlungsgesetz. Es soll Demonstrationen, Kundgebungen, Proteste massiv erschweren, die Befugnisse der Polizei gegenüber den Teilnehmer öffentlicher Versammlungen erweitern. Das umfasst u.a. das sogenannten ‚Militanzverbot‘ mit dem Versammlungen mit einheitlicher Kleidung, wie mit Maleranzügen wie die Braunkohlegegner, oder Arbeitskleidung bei Arbeiterprotesten verboten werden können. Das ganze Gesetz ist antikommunistisch ausgerichtet und muss vom Tisch!“

Dieser Staat ist weder ein Rechtsstaat noch freiheitlich-demokratisch! In immer größeren Teilen des Staatsapparats wie der Bundeswehr, Polizeieinheiten oder in den Geheimdiensten gibt es faschistische Strukturen, die sich bewaffnen, organisieren und zu allem bereit sind. Sie legen Listen von linken Oppositionellen an, bedrohen sie und schrecken selbst vor Mordanschlägen nicht zurück. Das sind nicht einfach Zufälle und Einzelfälle. Vielmehr ist das Teil einer Tendenz zur Faschisierung des Staatsapparats. Mit den veränderten Polizei- und Versammlungsgesetzen oder der massiven Ausweitung der Überwachung mittels sogenannter Staatstrojaner werden demokratische Rechte und Freiheiten abgebaut. Damit bereiten sich die Herrschenden auf eine mögliche gesamtgesellschaftliche Krise in Deutschland vor, um dann rigoros gegen Massenproteste, Arbeiterkämpfe und Streiks vorgehen zu können.

Dieses Gesetz muss vom Tisch!

Die MLPD in NRW tritt für folgende Forderungen ein:

- Weg mit dem Versammlungsgesetz NRW!

MLPD – PARTEI DER ZUKUNFT!

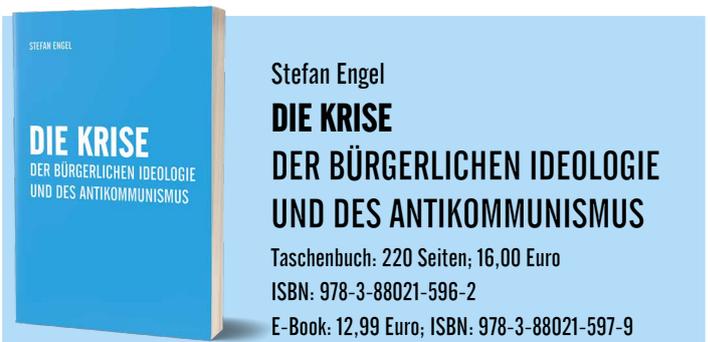
Spenden an: GLS Bank Bochum, BIC: GENODEM1GLS

IBAN: DE76 4306 0967 4053 3530 00

Ich möchte:

- ein persönliches Gespräch
- zu Veranstaltungen eingeladen werden
- zwei Ausgaben des 14-tägigen Magazins **Rote Fahne** lesen (kostenlos)
- Mitglied der **MLPD** / des Jugendverbands **REBELL** werden
- Mitarbeiten in einer Wählerinitiative der Internationalistische Liste/MLPD

Bitte persönlich abgeben oder im Umschlag an untenstehende Adresse



Stefan Engel

DIE KRISE DER BÜRGERLICHEN IDEOLOGIE UND DES ANTIKOMMUNISMUS

Taschenbuch: 220 Seiten; 16,00 Euro

ISBN: 978-3-88021-596-2

E-Book: 12,99 Euro; ISBN: 978-3-88021-597-9

Berechtigt verlieren immer mehr Menschen das Vertrauen in die herrschende Politik. Die bürgerliche Ideologie hat ihre Anziehungskraft verloren und steckt tief in der Krise. Ein weltanschaulicher Kampf um Deutung und Schlussfolgerungen ist entbrannt. Dieses Buch folgt der Überzeugung, dass die Zeit reif ist für eine weltanschauliche Offensive des wissenschaftlichen Sozialismus.

Verlag Neuer Weg, Alte Bottroper Str. 42, 45356 Essen, Tel.: 0201 25915
www.people-to-people.de

- Ministerpräsident Laschet und Innenminister Reul müssen zurücktreten!
- Für die Verteidigung und Erweiterung demokratischer Rechte und Freiheiten!
- Gib Antikommunismus, Faschismus, Rassismus, Antisemitismus keine Chance!
- Uneingeschränktes Asylrecht für alle Unterdrückten auf antifaschistischer Grundlage!

Sie sind fester Bestandteil unseres Wahlkampfes.

Bei den Wahlen zum Bundestag am 26. September: Diesmal keine halben Sachen! Als sozialistische Alternative tritt die Internationalistische Liste/MLPD mit vielen Direktkandidaten und Landeslisten in allen Bundesländern an (in NRW Liste 15).

Die MLPD ruft auf: Beteiligt euch an den Aktivitäten gegen das Versammlungsgesetz oder organisiert selbst welche. Kommt mit starken Delegationen aus Betrieben, Wohngebieten, Sportvereinen, Faninitiativen, demokratischen Parteien und Verbänden zur landesweiten Demonstration gegen das Versammlungsgesetz am 28. August., 13 Uhr, Düsseldorf, Rheinpark an den Rheinterassen! Und danach: Auf zum Rebellischen Musikfestival im Revierpark Nienhausen, Gelsenkirchen!

Macht mit in der Wahlkämpferbewegung der Internationalistischen Liste/MLPD, im Jugendverband REBELL oder der MLPD.



Los geht es am 27. August um 16 Uhr im Revierpark Nienhausen. Tickets kosten im Vorverkauf 35 €, Solidaritätspreis 45 €. Laufend neue Infos unter rebellischesmusikfestival.de